



Landesgeschäftsstelle  
der Frauen-Union NRW  
Wasserstraße 5  
40213 Düsseldorf

**NRW MUSS  
STABIL BLEIBEN.**

## Landespolitische Leitsätze der Frauen-Union Nordrhein-Westfalen

### zur Landtagswahl 2010

Stand April 2010

Tel.: 0211 / 1360035  
Fax.: 0211 / 134205

info@fu.nrw.de  
www.fu-nrw.de

<b>1. Frauenpolitik</b>	<b>1</b>
<b>1.1. Teilhabe</b>	<b>1</b>
<b>Förderung von Mädchen</b>	<b>1</b>
<b>Partnerschaft in Familie, Beruf und Gesellschaft</b>	<b>2</b>
<b>Frauen im Erwerbsleben und in Führungspositionen</b>	<b>2</b>
<b>1.2. Gewalt gegen Frauen</b>	<b>4</b>
<b>2. Familienpolitik</b>	<b>5</b>
<b>3. Gesellschaft des langen Lebens</b>	<b>7</b>
<b>4. Kinder- und Jugendpolitik</b>	<b>8</b>
<b>5. Frühe Bildung</b>	<b>8</b>

## **1. Frauenpolitik**

### **1.1. Teilhabe**

Nie zuvor gab es eine derart qualifiziert ausgebildete Frauengeneration. Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, die Teilhabe von Frauen in allen Bereichen weiter zu verbessern. Dies gilt für eine geschlechtergerechte Entlohnung, für bessere Aufstiegschancen im Beruf, für eine bessere Beteiligung an Führungsaufgaben in Verbänden, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltungen und Politik. Viele Weichen müssen hierfür anders - zum Teil neu - gestellt werden.

#### **Förderung von Mädchen:**

Die immer noch zu einseitige Wahl von typischen Frauenberufen ist der Hauptgrund für spätere Lohndifferenzen und fehlende Aufstiegschancen.

➤ Mädchen und junge Frauen müssen während der Schul- und Berufsausbildung und bevor einem Studium frühzeitig und besser über die Vielfalt der Berufe und deren spezifischer Zukunftschancen informiert werden. Berufsorientierung muss fester Bestandteil des Unterrichts und der Lehrerfortbildung werden.

➤ In allen Schulformen muss die Berufswahl durch Kontakte zu Firmen und die Durchführung von Praktika stärker unterstützt werden. Hier muss für Mädchen vor allem in technischen Berufen ein breites Angebot eröffnet werden, gezielt auch an Stellen, an denen weibliche Vorbilder als Führungskräfte Verantwortung tragen.

➤ Mädchen müssen frühzeitig motiviert werden, sich Führungsaufgaben zuzutrauen. Ein Grundstein hierfür kann u.a. durch die Übernahme von Ehrenämtern in Schule und sozialem Nahraum gelegt werden.

### Partnerschaft in Familie, Beruf und Gesellschaft:

- Fragen der Lebensgestaltung müssen frühzeitig und offen diskutiert werden. Die partnerschaftliche Aufgabenteilung von Familien-, Erwerbs- und Ehrenamtsarbeit ist ein Schlüssel zur Lösung vieler Zukunftsfragen. Mädchen und Jungen müssen sich mit diesen Themen in Schule und Jugendarbeit rechtzeitig intensiv auseinandersetzen.
- Insbesondere die Elternzeit ist Kür und Pflicht für beide Eltern. Die beabsichtigte Verlängerung der Partnermonate und der Ausbau des Teilerntgeldes kann dazu beitragen, den Anteil an Vätern in Elternzeit noch weiter zu erhöhen. Darüber hinaus muss bei den Unternehmen für eine höhere Akzeptanz von Vätern in Elternzeit geworben werden.

### Frauen im Erwerbsleben und in Führungspositionen:

- Die Erwerbsbeteiligung von Frauen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen muss zur Normalität werden. Frauen sind heute zu häufig in ungesicherten Teilzeittätigkeiten, Minijobs oder gar in Schwarzarbeit beschäftigt.
- Wir brauchen dauerhaft funktionsfähige Vereinbarkeitsmodelle wie Teilzeitbeschäftigung, flexible Arbeitszeiten und alternierende Telearbeit. Leistung muss stärker am Maßstab des effizienten Arbeitens anstatt an der Anwesenheit gemessen werden.
- Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Rente für Frauen, vor allem auch für die Hinterbliebenen, muss auf die aktuellen Bedürfnisse, Lebenserwartung und Versorgungssituation angepasst werden.
- Der öffentliche Dienst muss seine Vorreiterfunktion, Frauen in Führungspositionen zu bringen, stärker wahrnehmen. Der öffentliche Dienst sollte dazu eine familienfreundliche Personalpolitik entwickeln

wie flexiblere Arbeitszeiten, die Möglichkeit von Teilzeitarbeit und die Einrichtung von Betriebskindergärten. Bisher ist - trotz Frauenquoten und Förderplänen - dieses Ziel in den oberen Führungsebenen noch nicht erreicht worden. Inzwischen sind immerhin in mittleren Positionen Frauen stark vertreten. Erfolgreiche Frauenförderung muss verstärkt zu einem Qualitäts- und Bewertungskriterium für Personalverantwortliche im öffentlichen Dienst werden.

- Internationale Studien zeigen, dass „gemischte Teams“, und damit eine höhere Beteiligung von Frauen an Führungs- und Kontrollaufgaben in der Wirtschaft, die Unternehmensergebnisse positiv beeinflussen. Wir benötigen eine Transparenzinitiative, die sichtbar macht, wie es in den Führungsetagen großer Unternehmen aussieht und was gegen die notorische Unterrepräsentanz von Frauen unternommen wird. Dies könnte beispielsweise mit einer Ergänzung in den Geschäftsberichten der Unternehmen erreicht werden.
- Die Zahl von Frauen in den Aufsichtsräten in Deutschland ist im internationalen Vergleich deutlich zu niedrig und muss erhöht werden. Andere Länder sind in diesem Punkt bereits erfolgreich tätig. Deren diesbezügliche Aktivitäten und Ergebnisse sind zu analysieren und entsprechende Konsequenzen daraus zu ziehen. Es zeigt sich, dass in Unternehmen, die mit verbindlichen Zielvorgaben Frauenförderung zu einer Frage von good governance gemacht haben, der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten mit einer neuen Geschwindigkeit ansteigt. Daher sollte über die Verankerung des Diversity-Grundsatzes hinaus eine verbindliche Empfehlung im Deutschen Corporate Governance Kodex hinsichtlich des Anteils von Frauen verankert werden. Hier sprechen schwedische Erfolge für sich.

- In unserem Land haben Frauen im Mittelstand momentan die größten Chancen, in Führungsfunktionen zu kommen, sei es durch Betriebsübernahme in familiengeführten Unternehmen, oder durch Existenzgründungen.
- Frauen gründen anders als Männer. Der Zugang zu Informationen über Existenzgründungen, Betriebsübernahmen und die Bildung von Netzwerken soll weiter in aktiv unterstützt werden. Dabei sollten frauenspezifische Gründungsaspekte in bestehende Beratungsangebote integriert werden.
- Das Potenzial zugewanderter Frauen muss besser genutzt werden. In der globalisierten Welt sind gute Kommunikation und Erfahrungen in unterschiedlichen Kulturen Wettbewerbskriterien, die über Erfolg oder Misserfolg entscheiden. Frauen mit Zuwanderungsgeschichte brauchen auch im Interesse der Überwindung des Fachkräftemangels faire Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.
- Frauen, die sich um die Erziehung von Kindern und die Pflege von Familienangehörigen kümmern, müssen sich auf Hilfen zur Wiedereingliederung in den Beruf verlassen können. Zudem müssen die Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Die Angebote sind zu bündeln und die Informationszugänge zu erleichtern. Dafür müssen Beratungsangebote, Schulungen für Personalverantwortliche usw. entwickelt und den Unternehmen angeboten werden.
- Die Tarifpartner sind gefordert, die im europäischen Vergleich überproportional hohen Lohndifferenzen zwischen Frauen und Männern zu überwinden und zu mehr Lohngerechtigkeit zu kommen. Dazu ist in einem ersten Schritt Transparenz der Gehaltsstrukturen herzustellen und in den Tarifabschlüssen auf eine Überwindung überholter Bewertungskriterien von Arbeit hinzuwirken.

- Wir wollen eine Wirtschaftsförderung, die die innerbetriebliche Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Frauenförderung besonders unterstützt.

## 1.2. Gewalt gegen Frauen

- Die vielschichtigen Hilfs- und Beratungsangebote für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, müssen erhalten bleiben. Bestehende Versorgungslücken in Ballungsräumen und auch dem ländlichen Raum müssen geschlossen werden.
- Der Einsatz gegen Zwangsheirat muss fortgeführt werden. Nach der erfolgreichen Initiative der nordrhein-westfälischen Landesregierung im Bundesrat zur Verschärfung des Strafrahmens ist jetzt die Bundesregierung am Zug.

## 2. Familienpolitik

In der Familie erleben Kinder und Erwachsene Freude und Lebensglück. Sie gibt Halt und Vertrauen, Unterstützung, Sicherheit, Anerkennung und Liebe. Die Familie und darunter auch die Alleinerziehenden mit ihren Kindern bilden die kleinste Einheit und stärken unsere Gesellschaft in den gemeinsamen Grundwerten von Demokratie und Solidarität, Freiheit und Teilhabe. Die Familie hat einen Anspruch auf eine unterstützende Politik, denn die Anforderungen an die Familien sind oft sehr groß.

Wir wollen weiterhin Familien in ihrer Erziehungs-, Betreuungs- und Versorgungsverantwortung stärken und Hilfe in schwierigen Lebenslagen sicherstellen. Für die Chancen unserer Kinder sind Kinderschutz, Gesundheitsprävention und individuelle Förderung genauso wichtig wie die faire und gerechte Teilhabe am Bildungsprozess. Die Vereinbarkeit von Betreuung und Pflege in der Familie muss weiter seitens Politik und Tarifpartner verbessert werden.

- Verbesserungen der steuerlichen Absetzbarkeit für Haushaltsdienstleistungen sind ein Instrument im Sinne einer erfolgreichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Familienzentren sollen weiter zu Kompetenzzentren für Familien in ihren Stadtteilen ausgebaut werden. Dafür sollen sie bezogen auf die Bedarfe in ihrem jeweiligen sozialen Nahraum weiter qualifiziert und gestärkt werden.
- Die Erziehungskompetenz der Eltern muss eingefordert werden und, wenn gewünscht, soll durch Beratung und Bildungsangebote für die ganze Familie noch zielgruppengerechter unterstützt werden.
- Durch die interkulturelle Öffnung der Angebote soll eine bessere Beteiligung von Familien mit Zuwanderungsgeschichte erreicht werden. Sie sind entscheidend für die Bildungs- und Lebenschancen ihrer Kinder.
- Soziale Frühwarnsysteme sollen Eltern helfen und Kinder schützen. Datenschutzrechtliche Barrieren, die den Einsatz von ehrenamtlichen Familienpaten als Ergänzung und Unterstützung der kommunalen Dienste erschweren, müssen im Zuge des geplanten Kinderschutzgesetzes ausgeräumt werden.
- Insbesondere alleinerziehende Eltern benötigen Unterstützung und Solidarität bei der Erziehung ihrer Kinder. Neben Angeboten der Kinderbetreuung benötigen sie Teilzeitausbildungsplätze und gezielte Unterstützung bei der Arbeitsplatzvermittlung.
- Studentinnen und Studenten mit Kinderwunsch brauchen bessere Rahmenbedingungen, die das Studium mit Kindern attraktiver machen. Dazu zählen u.a. campusnahe, zeitlich flexible Betreuungsplätze für Kinder studierender Eltern - besonders für Unterdreijährige, eine

flexible Studienorganisation mit regulären Teilzeitstudiengängen sowie eine Stärkung des Beratungsangebotes in Umfang und Qualität.

- Der Ausbau der Betreuung von unter dreijährigen Kindern in Kindertagesstätten und Tagespflege soll weiter voran getrieben werden. Bei der Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten sollen die Betreuungswünsche der Familien Vorrang haben.
- Die Betriebe sollen bei Angeboten zur Kinderbetreuung unterstützt werden. Auch private Anbieter von Kinderbetreuung sollen im Rahmen des KiBiz gefördert werden.
- Familienarbeit darf kein Armutsrisiko werden. Familienleistungen sind auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und ggfs. den veränderten Lebenslagen von Familien anzupassen. In diese Prüfung sollte die Frage einbezogen werden, ob das geplante Betreuungsgeld für eine bessere Absicherung in der Rentenversicherung eingesetzt werden kann.

### 3. Gesellschaft des langen Lebens

- Der Generationenzusammenhalt wird immer mehr zu einer der wichtigsten Zukunftsfragen. Bewährte Modelle von Generationenverbindendem Wohnen und Leben sollen unterstützt und öffentlich gemacht werden.
- Der demographische Wandel zwingt zu einer Neujustierung zwischen staatlicher Aufgabenwahrnehmung und bürgerschaftlichem Engagement.
- Das ehrenamtliche Engagement muss in der Gesellschaft mehr Anerkennung finden, gelobt und besser vermittelt werden. Die aktive Generation der „jungen Alten“ muss offensiver eingebunden werden.

- Die Aufnahme und damit Würdigung der ehrenamtlichen Tätigkeiten von Kindern und Jugendlichen in den Schulzeugnissen können positiv verstärkend wirken.
- Generationsübergreifende Angebote im Ehrenamt müssen stärker entwickelt und gefördert werden.
- Altersdiskriminierung ist zu bekämpfen; die noch bestehenden Altersgrenzen im Beruf und Ehrenämtern sind mit Blick auf die längere Lebenserwartung zu überprüfen.
- Die Wohnangebote und die Quartiersgestaltung müssen zielgerichtet auf die besonderen Wohn- und Pflegebedarfe der älter werdenden Gesellschaft hin entwickelt werden.
- Einer Altersarmut muss vorgebeugt werden. Altersarmut ist zu meist weiblich. Deshalb wollen wir eine stärkere Berücksichtigung von Erziehungs- und Pflegeleistungen bei der Rentenberechnung.

#### 4. Kinder- und Jugendpolitik

Durch die Veränderung der Lebenswelten von jungen Menschen gewinnen außerschulische Bildungsräume als wichtige soziale, gesellschaftliche Erfahrungsstätten und als Orte der Begegnung immer mehr an Bedeutung. Land und Kommunen sind trotz angespannter Haushalte gefordert, diese Angebote angemessen zu unterstützen.

- Die Träger der Jugendhilfe sind als gleichwertige Partner in Ganztagschulen wie lokalen und regionalen Bildungsnetzen einzubeziehen.
- Mit dem Kinder- und Jugendförderplan und dem „Pakt mit der Jugend“ hat die Jugendarbeit in unserem Land erstmals über eine gesamte Legislaturperiode eine verlässliche Förderung erhalten. Durch weitere

Entbürokratisierung und Qualitätssicherung mittels Zielvereinbarungen sollen die Kinder und Jugendlichen im pluralen System der Jugendarbeit erreicht werden.

- Kinderrechte müssen gestärkt und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vielfältig sichergestellt werden.
- Die Begegnung von jungen Menschen innerhalb Europas und auch sonstigen befreundeten Ländern muss ausgeweitet werden.
- Jugendarbeit muss sowohl geschlechtsspezifischen als auch interkulturellen Aufgaben offensiv begegnen.

#### 5. Frühe Bildung

- Ein gemeinsames Bildungsverständnis von Eltern, Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern und Jugendarbeit muss erarbeitet werden. Die Übergänge zwischen der Familie und den Bildungseinrichtungen sowie zwischen Kindergarten und Grundschule müssen besser vorbereitet und gemeinsam gestaltet werden.
- Im Hinblick auf die große Bedeutung frühkindlicher Bildung muss der Erzieherberuf aufgewertet und auch für Männer attraktiver werden. Anzustreben ist außerdem eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kindertagesstätten.
- Kommunen und Träger sind Partner des Landes. Gemeinsames Ziel ist, für die Kinder die beste Bildung und die beste Betreuung zu gewährleisten, um dadurch auch die Kinder zu stärken. Kommunen sollen mehr Spielraum bei der Ausgestaltung des Angebotes bekommen, auch bei der Beitragsgestaltung.

*Die Frauen in der CDU sind der Garant dafür, dass die Erwartungen von Frauen und Familien in gute Politik umgesetzt werden!*